

Beschluss (vorläufig) Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 21.11.2020
Tagesordnungspunkt: GSP-L Lebensgrundlagen schützen

Antragstext

1 **Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen**

2 **Klima und Energie**

3 (53) Nach dem fossilen Zeitalter beginnt das ökologische Zeitalter. War der Fortschritt
4 der
5 Moderne bislang angetrieben von Kohle, Öl und Gas und verlagerte er seine sozialen
6 und
7 ökologischen Kosten zu großen Teilen in andere Weltregionen und in die Zukunft, geht
8 es beim
9 Fortschritt heute darum, die natürlichen Lebensgrundlagen zu bewahren sowie den
10 gegenwärtigen und kommenden Generationen weltweit ein Leben in Freiheit, Würde
11 und Wohlstand
12 zu ermöglichen. Je entschiedener wir handeln, umso mehr Freiheiten und Alternativen
13 haben
14 wir in den kommenden Jahrzehnten.

15 (54) Im ökologischen Zeitalter ist das Prinzip der Nachhaltigkeit leitend. Die natürlichen
16 Ressourcen dürfen demnach nur in dem Maße genutzt werden, wie sie sich auch wieder
17 erneuern
18 können. Das gilt für Technologien, Wirtschaftsweisen, für den privaten Verbrauch und
19 Konsum.
20 Konkret bedeutet das: Politische Entscheidungen müssen daran gemessen werden, ob
21 ihre Folgen
22 mit der Einhaltung der planetaren Grenzen vereinbar sind.

23 (55) Wir leben in Zeiten der Klimakrise. Der Anstieg der Meeresspiegel bedroht das
24 Leben an
25 den Küsten. Trockenheit und Wüstenbildung zerstören Lebensräume von Mensch und
26 Tier.
27 Hitzesommer und Wetterextreme sorgen für extreme Schäden und nehmen
28 lebensbedrohliche
29 Ausmaße an, insbesondere im globalen Süden. Immer mehr Menschen müssen ihr
30 Zuhause
31 verlassen. Es ist Aufgabe der Menschheit, die Katastrophe so weit wie möglich zu
32 verhindern.

33 (56) Zentrale Grundlage unserer Politik ist das Klimaabkommen von Paris sowie der
34 Bericht
35 des
36 Weltklimarates zum 1,5-Grad-Limit, der verdeutlicht, dass jedes Zehntelgrad zählt, um
37 das
38 Überschreiten von relevanten Kippunkten im Klimasystem zu verhindern. Es ist daher
39 notwendig, auf den 1,5-Grad-Pfad zu kommen. Dafür ist unmittelbares und
40

substanzielles

25 Handeln in den nächsten Jahren entscheidend. Mehr erneuerbare Energien zu nutzen,
ist nicht

26 nur günstiger und nachhaltiger, sondern führt auch schneller zu europäischer
27 Klimaneutralität – die deutlich vor Mitte des Jahrhunderts erreicht werden muss.

28 (57) Maßstab erfolgreicher Klimapolitik ist der globale Budget-Ansatz. Er zeigt auf, wie
29 viele Treibhausgasemissionen insgesamt weltweit noch ausgestoßen werden dürfen,
um das

30 Pariser Klimaabkommen einzuhalten. Industriestaaten wie Deutschland als historisch
größte

31 Verursacher von Treibhausgasen haben eine besondere Verantwortung und müssen
deshalb eine

32 Führungsrolle bei der Dekarbonisierung einnehmen. Jede zusätzliche von ihnen
ausgestoßene

33 Tonne CO₂ ist ein bei Ländern des globalen Südens und bei nachfolgenden
Generationen

34 aufgenommenem Kredit. Daraus folgt die Notwendigkeit, jeden Tag konkret zu handeln.

35 (58) Der Übergang zu 100 Prozent erneuerbaren Energien und der Ausstieg aus
fossilem Gas, Öl

36 und Kohle sind die Schlüsselaufgaben des Klimaschutzes. Eine schnelle und
konsequente

37 Dekarbonisierung modernisiert zugleich Wirtschaft und Industrie und sichert so
38 gesellschaftlichen Wohlstand und Arbeitsplätze. Um alle Wirtschaftsprozesse zu

39 dekarbonisieren, müssen die Erneuerbaren massiv ausgebaut werden sowie effizient
und

40 wirtschaftlich zwischen den Sektoren Strom, Wärme, Verkehr, Industrie und
Landwirtschaft

41 über

42 Netze, Speicher und erneuerbare Energieträger gekoppelt werden.

43 (59) Der Einsatz moderner Technologien ermöglicht Klimaneutralität. Die Aufgabe von
Politik

44 ist es daher, den Einfallsreichtum der Menschen zu aktivieren, um geeignete
Technologien zu

45 entwickeln und clever zu nutzen. Technologische Lösungen müssen immer dem
Vorsorgeprinzip

46 folgen und Maßgaben zur Rückholbarkeit unterliegen, denn großtechnische Eingriffe in
das

47 Klimasystem bergen unkalkulierbare Risiken. Bei der Abwägung

48 von Nutzen und Schäden müssen also die mögliche Umkehrbarkeit sowie die
Eingriffstiefe

49 berücksichtigt werden. Technologien werden grundlegende Veränderungen und
schnelles Handeln

50 nicht ersetzen, sondern nur ergänzen können. Ebenso sind Negativemissionen kein
Ersatz für

51 Emissionsreduktionen.

52 (60) Die Digitalisierung kann einen Beitrag für den Klimaschutz leisten. Über moderne
53 Technik und Preissignale ermöglicht sie es,

54 eine schwankende erneuerbare Produktion eng mit dem Verbrauch zu verzahnen. Das
Potential

55 der Digitalisierung für Ressourceneffizienz und
56 sparsamen Energieverbrauch soll bestmöglich gefördert werden. Die Digitalisierung
selbst
57 muss mit Maßnahmen flankiert werden, die den Ressourcenverbrauch begrenzen,
Rebound-Effekte
58 vermeiden und Suffizienz unterstützen. Maßstab sind die planetaren Grenzen.

59 (61) Eine dezentrale Versorgung mit erneuerbaren Energien in vielfältiger Besitzstruktur
ist
60 krisenfester als ein Energiesystem, das auf zentralen Großkraftwerken beruht.
Gleichzeitig
61 lässt sich die lokale und regionale Versorgung durch erneuerbare Energien mittels einer
62 europaweiten Vernetzung optimieren. Die europäische Energieunion soll die Stärken der
63 vielfältigen erneuerbaren Energien miteinander verbinden. Dabei können Solarenergie
und
64 Onshore-Windkraft in ganz Europa genutzt werden, Geothermie und Wasserkraft zum
Beispiel in
65 Skandinavien und den Alpen, Offshore-Windkraft im Atlantik, im Mittelmeer und in Nord-
und
66 Ostsee. Dies gelingt, wenn entscheidende Akteur*innen, wie Bürger*innen, Kommunen,
aber auch
67 regionale Unternehmen und das Handwerk aktiv zur Energiewende beitragen – zugleich
können
68 sie dadurch
69 einen unmittelbaren Nutzen haben.

70
71 (62) Bei Infrastrukturen wie Strom- und Gasleitungen, die natürliche Monopole
72 darstellen, hat die öffentliche Hand eine besondere Verantwortung. Entsprechend soll
ihr
73 Anteil bei künftigen Investitionen erhöht werden.

74 (63) Es braucht eine vorausschauende Energieaußenpolitik auch über Europa hinaus.
Sie hilft
75 weltweit bei der Dekarbonisierung, plant und organisiert den Übergang zu neuen
Energie- und
76 Handelsflüssen und sichert noch notwendige Energieimporte. Zusätzlich hilft eine
77 Energieaußenpolitik auf Augenhöhe mit den Partnerländern beim Aufbau der
entsprechenden
78 Strukturen für deren eigene Energiewende und anschließend für den Export. Sie stellt
79 außerdem sicher, dass die importierte Energie nachhaltig und unter sozial gerechten
80 Bedingungen
81 erzeugt wurde.

82 (64) Um die Klimakrise zu bewältigen, ist es weder notwendig noch vertretbar, zur
Atomkraft
83 zurückzukehren. Diese Hochrisikotechnologie ist vielmehr eine weltweite existenzielle
84 Bedrohung für Natur, Mensch und Tier. Daher sind alle Anlagen stillzulegen, die einer
85 weiteren Nutzung der Atomkraft im In- und Ausland dienen oder das Material zu einem
86 möglichen Bau von Atombomben produzieren. Statt der Privilegierung der Atomkraft im
Euratom-
87 Vertrag sollten erneuerbare Energien gefördert werden. Eine mögliche

Energiegewinnung aus
 88 Kernfusion kommt zu spät, um in den nächsten Dekaden einen wesentlichen Beitrag zur
 Lösung
 89 der Klimakrise leisten zu können.

90 (65) Jetzt stellt sich die Aufgabe, einen Standort für ein Endlager für den
 hochradioaktiven
 91 Atommüll mit höchstmöglichen Sicherheitsstandards und bei bestmöglichen
 geologischen
 92 Bedingungen zu finden. Bei der Suche auf Basis von wissenschaftlichen Kriterien und
 mit
 93 größtmöglicher Transparenz und Beteiligung der Bevölkerung, ist die
 gesamtgesellschaftliche
 94 Verantwortung vor Eigeninteressen zu stellen. Ebenso müssen die Zwischenlager die
 höchsten
 95 erreichbaren Sicherheitsstandards erfüllen.

96 **Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft**

97 (66) Der Verlust an Biodiversität ist so dramatisch wie die Klimakrise. Schlimmer noch:
 Die
 98 beiden Krisen bedingen sich gegenseitig und können daher auch nur gemeinsam gelöst
 werden.

99 Die Roten Listen und die planetaren Grenzen müssen als „Barometer des Lebens“ zum
 Gradmesser

100 für politische Handlungsleitlinien werden, denn die biologische Vielfalt sichert das
 Leben

101 auf dem Planeten. Ökologischer Landbau, die Ökologisierung der konventionellen
 102 Landwirtschaft, flächensparendes Planen und Bauen, der Erhalt wertvoller
 Lebensräume, mehr

103 Schutzgebiete und Biotope sowie mehr Wildnis und freie Natur an Land, in
 104 Flüssen, Seen und Meeren sind als wirksamer Schutz für Artenvielfalt und Umwelt zu
 105 betreiben und zu fördern. Insbesondere die Weltmeere sind durch Versauerung,
 Überhitzung und

106 Überfischung massiv bedroht. Als größte Sauerstoffproduzenten müssen sie durch
 wirksame

107 Meeresschutzgebiete, umweltgerechte Land- und Fischereiwirtschaft geschützt werden.

108 (67) Das Vordringen des Menschen in die letzten, noch nicht zerstörten natürlichen
 Gebiete

109 und die grenzenlose Aneignung von Umwelt und Tierwelt zum Verbrauch oder Verzehr
 gefährden

110 nicht nur die Natur, sondern auch die menschliche Gesundheit. Sogenannte
 zoonotische

111 Krankheiten können fatale gesellschaftliche Folgen haben. Der Schutz von
 Ökosystemen trägt

112 auch dazu bei, Seuchen und Pandemien zu verhindern. Bei Eingriffen in die Natur
 müssen

113 nicht-verantwortbare Risiken, wie die Ausrottung ganzer Populationen oder Arten durch
 114 gentechnische Methoden, ausgeschlossen werden.

115 (68) Damit Wälder, Moore und Auen ihren unverzichtbaren Beitrag zur Sicherung der
 116 Biodiversität, zur Grundwasserneubildung und zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes leisten

können,
117 müssen Wiederbewaldung und Waldumbau - weg von Monokulturen und hin zu
naturnahen,
118 klimaresilienten Mischwäldern - nach ökologischen Kriterien beschleunigt werden.
Zugleich
119 ist es dringend nötig, die Trockenlegung von Mooren zu stoppen, ihre Wiedervernässung
und
120 die Auenrenaturierung zu fördern. Denn Naturschutz ist Klimaschutz.

121 (69) Artenschutz erfordert den Schutz von Lebensräumen und mehr Wissen. Ziel ist der
Auf-
122 und Ausbau eines vernetzten Verbundes von Schutzflächen sowie eine naturgerechte
Land- und
123 Waldwirtschaft. Das Vollzugsdefizit im Natur-, Umwelt- und Klimaschutz gehört beendet.
Die
124 Forschung über die verschiedenen Arten, ihre Bestandssichtung und ihr Zusammenspiel
im
125 Ökosystem soll gefördert und digital unterstützt werden, denn geschätzt sind heute
weniger
126 als ein Viertel aller Arten bekannt. Intensivierte Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit
127 erhöht das Bewusstsein für die Bedeutung des Artenschutzes und den respektvollen
Umgang mit
128 der Natur. Zum Schutz von Arten gehört es auch, den kommerziellen Wildtierhandel
und die
129 Trophäenjagd effektiv zu unterbinden.

130 (70) Ein Ende der Verschmutzung der Erde mit Luft- und Wasserschadstoffen, Plastik,
Müll,
131 giftigen Chemikalien und Pestiziden ist essenziell für Umwelt-, Gesundheits- und
132 Klimaschutz. Leitlinien für die Regulierung von Umweltverschmutzungen sind das
Vorsorge- und
133 das Verursacherprinzip. Abfall darf nicht in andere Länder ohne strenge und
134 kontrollierbare Umweltschutzaufgaben ausgelagert werden. Schadstoffe sollen nicht Teil
von
135 Produkten und Produktionsverfahren sein, da sich ihre Umweltauswirkungen
nachträglich in der
136 Regel nur unvollständig und zu hohen Kosten begrenzen lassen. Vorrang hat daher der
Ersatz
137 umweltschädlicher durch umweltverträgliche Produkte und Produktionsverfahren
mittels
138 entsprechender Gebote, starker Anreize und gesetzlicher Regelungen.

139 (71) Um den Raubbau an der Natur zu beenden, muss der absolute Verbrauch von
natürlichen
140 Ressourcen substanziell und rasch reduziert werden. Dies gilt auch für Ressourcen, die
141 importiert werden. Die Achtung der planetaren Grenzen bedeutet, dass Wohlstand und
142 Lebensqualität so weit wie möglich vom Ressourcenverbrauch entkoppelt und
Ressourcen in eine
143 vollständige Kreislaufwirtschaft überführt werden.

144 (72) Eine zukunftsfähige Landwirtschaft arbeitet mit der Natur. Die wachsende
Abhängigkeit
145 von Weltmärkten mit engen, schuldengetriebenen Produktionszwängen und wenigen

Großkonzernen,
 146 von Pestiziden und Saatgutpatenten gehört beendet. Es darf keine Patente auf Pflanzen
 und
 147 Tiere sowie deren genetische Anlagen geben. Die Zukunft gehört einer
 klimafreundlichen,
 148 kreislauforientierten und regional verwurzelten Landwirtschaft, die altes
 Erfahrungswissen
 149 mit modernen agrarökologischen Anbaumethoden, digitalen Anwendungen und
 nachhaltigem
 150 Wassermanagement kombiniert. Diese vielfältige Landwirtschaft produziert nicht für
 Märkte,
 151 sondern für Menschen, die ein Recht auf sichere, gesunde und nachhaltige
 Lebensmittel haben.
 152 Sie arbeitet ressourcenschonend, naturverträglich und orientiert sich am Leitbild der
 153 ökologischen Landwirtschaft mit ihren Prinzipien Tiergerechtigkeit, Gentechnikfreiheit
 und
 154 Freiheit von synthetischen Pestiziden. Eine solche Landwirtschaft steht für den Erhalt
 einer
 155 vielfältigen Kulturlandschaft und die Vielfalt von Anbausystemen, Nutztierassen und
 156 Pflanzensorten. Die Weidetierhaltung verdient dabei eine besondere Förderung, da sie
 das
 157 ökologisch wertvolle Grünland erhält und sinnvoll nutzt. Der notwendige Wandel hin zur
 158 zukunftsfähigen Landwirtschaft gelingt nur zusammen mit den Bäuerinnen und Bauern.

159 (73) Jeder Mensch hat das Recht auf bezahlbare, gesunde und ausreichende Nahrung.
 Es muss
 160 dafür Sorge getragen werden, dass Klima und Umwelt bei der Lebensmittelherstellung
 geschont
 161 werden, gesunde Lebensmittel produziert und damit insbesondere Kinder vor
 162 ernährungsbedingten Krankheiten geschützt werden. Zugleich müssen faire Arbeits-
 und
 163 transparente Produktionsbedingungen in der Lieferkette herrschen.

164 (74) Die Sicherung und Versorgung mit Nahrungsmitteln ist ein hohes Gut. Der
 Landwirtschaft
 165 gebührt Anerkennung, dass sie dies gewährleistet. Im Sinne der globalen
 166 Ernährungssouveränität gilt es, bäuerliche Strukturen zu stärken, Landgrabbing und
 167 Bodenspekulation durch Großinvestoren - in Ländern des globalen Südens wie auch bei
 uns - zu
 168 unterbinden sowie regionale Wertschöpfungsketten und solidarische Systeme zu
 fördern.
 169 Die Exportorientierung der Landwirtschaft zulasten anderer Regionen muss abgebaut
 170 werden. Ziel ist, dass Bäuer*innen einen Ausweg aus dem System des „Wachse oder
 Weiche“
 171 erhalten. Dazu gehört auch, dass sie für ihre vielfältigen Gemeinwohlleistungen gezielt
 172 entlohnt werden.
 173

174 **Tierschutz**

175 (75) Tiere sind fühlende Lebewesen, sie haben Rechte und dürfen nicht zu
 Rohstofflieferanten
 176 oder Unterhaltungsobjekten degradiert werden. Wo immer ihr Wohlergehen aufgrund

menschlichen
177 Handelns in Gefahr ist, muss es geschützt werden. Jede Tierhaltung ist an ihren
umfassenden
178 Bedürfnissen auszurichten, denn auch Tieren steht ein gutes und gesundes Leben zu.
Dafür
179 müssen die entsprechenden politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen
geschaffen werden.
180 Anerkannte Tierschutzorganisationen benötigen als Anwälte der Tierrechte mehr
Kompetenzen
181 und mehr Unterstützung.

182 (76) Solange wir Menschen Tiere halten, um sie zu töten und zu essen, müssen wir
ihnen
183 ein würdevolles Leben frei von Schmerzen, Angst und Stress ermöglichen - ohne
184 tierquälerische Zucht-, Haltungs-, Transport- und Schlachtmethoden. Eine
zukunftsfähige
185 Landwirtschaft hat diese Ziele fest in sich verankert. Das bedeutet auch, dass künftig
immer
186 weniger Tiere gehalten werden und entsprechend weniger Fleisch konsumiert und
exportiert
187 wird. Das ist zugleich essenziell für den Schutz von Klima, Umwelt und Biodiversität und

188 einen fairen Handel mit den Ländern des globalen Südens. Auch durch eine neue
189 Ernährungspolitik und die gezielte Förderung pflanzlicher Alternativen sinkt der Konsum
von
190 tierischen Produkten. Tierversuche sollen nach einem Ausstiegsplan konsequent
reduziert und
191 durch innovative Forschungsmethoden ohne Tiere ersetzt werden.

192 **Mobilität**

193 (77) Jeder Mensch hat das Recht auf Mobilität. Sie ermöglicht Freiheit und Teilhabe und
ist
194 Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie muss sich an den menschlichen Bedürfnissen
195 orientieren, vollständig barrierefrei gestaltet sein und zugleich die planetaren Grenzen
196 wahren. Eine sozial-ökologische Politik schafft die Mobilitätswende und garantiert allen
197 Menschen nachhaltige Mobilität. Sie sorgt für bessere Luft, weniger Verkehrslärm und
stärkt
198 die Sicherheit. Ziel ist ein Straßenverkehr, in dem keine Menschen mehr sterben. Dazu
199 braucht es strenge Geschwindigkeitsbegrenzungen, auch auf Autobahnen.

200 (78) Die öffentliche Förderung der einzelnen Verkehrsmittel ist in Zukunft am
ökologischen
201 Fußabdruck auszurichten. Zugleich müssen die einzelnen Verkehrsträger für ihre
jeweiligen
202 Umweltkosten aufkommen. Statt immer neue Straßen und Autobahnen braucht das
Land eine
203 moderne und flächendeckende Infrastruktur für Schienen- und öffentlichen Nahverkehr.
Das
204 heißt auch, dass vorhandene Straßeninfrastruktur neu und vernetzt genutzt werden
kann.
205 Attraktive Angebote führen zu einer Verkehrsverlagerung. Es gilt das Prinzip: Schiene,
206 Radfahren und Zufußgehen stärken, Straßen- und Luftverkehr dekarbonisieren.

207 (79) Die Mobilität im ökologischen Zeitalter ist vernetzt und digital. Die Verkehrsträger
208 kombinieren ihre Angebote und Verbindungen - ermöglicht von allen Anbietern und auf
209 Grundlage transparenter Programmierungen und Informationen. Der öffentliche
Nahverkehr wird
210 immer stärker öffentlich finanziert, sodass seine Nutzung für alle über niedrige
211 Pauschaltarife bis hin zu Kostenlosangeboten gewährleistet ist. Gleichzeitig muss das
212 Angebot verbessert werden. Verschiedene Mobilitätsformen greifen so nahtlos
ineinander und
213 ermöglichen individuelle Mobilität, auch für Menschen mit einer Behinderung oder
214 mobilitätseingeschränkte Menschen. Home-Office, Videokonferenzen und flexibles
Arbeiten
215 tragen zusätzlich zur Verkehrsvermeidung bei.

216 (80) In ländlichen Räumen ist die Mobilitätswende am anspruchsvollsten, denn viele
Menschen
217 sind dort auf das Auto angewiesen. Deshalb braucht es gerade hier einen verlässlichen
Takt
218 bei der
219 ÖPNV-Anbindung. Da, wo weiterhin ein Auto gebraucht wird, wird es künftig
emissionsfrei und
220 digital vernetzt sein. Regionale Wirtschaft zu stärken und Menschen bezahlbaren
Wohnraum in
221 der Nähe ihres Jobs zu bieten, vermeidet unnötige Wege, Gütertransporte und
Pendelwege.

222
223 (81) Der Raum in den Städten wird Stück für Stück neu aufgeteilt. Sichere und
224 barrierefreie Infrastruktur für Fußgänger*innen, Radfahrende und Menschen mit
225 Behinderung sowie ein attraktiver, für alle erschwinglicher und verlässlicher
Nahverkehr
226 bilden das Rückgrat einer sozial-ökologischen Mobilität. Insgesamt wird es deutlich
weniger
227 Autos und weniger unnötigen Verkehr geben, die Autozentrierung von Verkehrspolitik,
228 Stadtplanung und Gesellschaft gehört der Vergangenheit an. Fahrräder und E-Bikes
können
229 Autoverkehr ersetzen und unsere Städte und Dörfer lebenswerter, sicherer und mobiler
machen
230 - Radwege und Ladestationen vorausgesetzt. In den Städten gehört die Zukunft der
autofreien
231 Innenstadt.

232 (82) Die Verkehrswende in der Stadt und auf dem Land gelingt nur mit einer starken
und
233 zuverlässigen Bahn. Das erfordert einen Aus- und Umbau des Nah- und Fernverkehrs,
eine
234 getrennte Bewirtschaftung von Infrastruktur und Betrieb und eine erhebliche
235 Angebotsausweitung. Dazu gehören die Anbindung an Regionalzentren auch über
236 Verwaltungsgrenzen und nationale Grenzen hinweg sowie der Ausbau und die
Elektrifizierung
237 des Schienennetzes, damit alle größeren Städte angebunden sind.
238 Stillgelegte Bahnstrecken sollen reaktiviert werden. Die europäischen Großstädte sind
durch
239 schnelle transnationale Bahnverbindungen, ein komfortables Nachtzugangebot und ein

240 einheitliches europäisches Buchungssystem zu vernetzen. Das sind wesentliche
Voraussetzungen
241 dafür, dass Kurzstreckenflüge sowie viele Regionalflughäfen überflüssig werden und der
242 Flugverkehr – wie klimapolitisch notwendig – merklich zurückgeht.

243
244 (83) Auch der Güterverkehr muss klimaneutral und schadstofffrei werden. Für diese
245 Aufgabe müssen alle Möglichkeiten genutzt werden, insbesondere die Verlagerung von
Straße
246 und Flugzeug auf Bahn und emissionsfreie Schiffe sowie der Umstieg auf alternative
247 Antriebssysteme, der Bau und Ausbau von Oberleitungen auf Straße und Schiene und
die
248 Förderung des kombinierten Güterverkehrs Straße-Schiene. Es gilt, durch dezentrale
249 Verteilkonzepte die Städte möglichst frei von Lkw zu bekommen.

250 **Wohnen**

251 (84) Jeder Mensch hat das Recht auf Wohnen. Nur wer ein gesichertes Zuhause hat,
kann
252 Freiheit und Teilhabe erleben. Allen dieses Recht zu ermöglichen, ist Teil der öffentlichen
253 Daseinsvorsorge. Eine sozial-ökologische Wohnungspolitik garantiert jedem Menschen
ein
254 würdiges Zuhause innerhalb der planetaren Grenzen.

255 (85) Im urbanen Raum zeigen sich die Herausforderungen für die ökologische
Gesellschaft wie
256 unter einem Brennglas. Das überholte Leitbild der autogerechten Stadt kostet
Lebensqualität
257 und macht krank. Mehr Wohnraum und mehr Platz für Grün und Stadtnatur, städtisches
Leben,
258 Freizeit, Begegnungen und Erholung schaffen lebenswerte Städte mit kurzen Wegen, in
denen
259 die Menschen gerne wohnen und arbeiten. Das Stadtklima wird verbessert, die
260 Bodenversiegelung minimiert und das Recht auf saubere Luft sichergestellt.

261 (86) Die lebenswerte Stadt der Zukunft ist eine Null-Emissionen-Stadt. Dies gelingt,
wenn
262 erneuerbare Energien, saubere Mobilität und klimaneutrales Heizen verbunden werden.
Dazu
263 gehören Plus-Energiehäuser, Gebäude, die Solarenergie ernten, begrünte Fassaden und
Dächer
264 sowie Gebäude, die mit kreislauffähigen, ökologischen Baustoffen errichtet,
modernisiert und
265 gedämmt werden und die vielfältigen erneuerbaren Wärmequellen gemeinsam nutzen.
So tragen
266 die Quartiere der Zukunft aktiv zur klimafreundlichen Stadt bei.

267 (87) Der gesamte Gebäudebestand soll CO₂-neutral geheizt, gekühlt, belüftet und
beleuchtet
268 werden. Klimagerechte Energiestandards für Neu- und Altbauten, die den gesamten
Lebenszyklus
269 der Gebäude und Baumaterialien berücksichtigen, sowie Wärme- und Kühlsysteme, die
auf

270 erneuerbaren Energien basieren, geben den Weg dahin vor. Zugleich müssen die Städte
 durch
 271 klimagerechte Planung, mehr Grün und ein ausgeklügeltes Wassermanagement
 widerstandsfähig
 272 gegen Hitze, Dürre, Stürme und Starkregen gestaltet werden. Klimagerechtigkeit
 bedeutet
 273 auch, dass energieeffizientes Wohnen für alle erschwinglich und barrierefrei zur
 Verfügung
 274 steht.

275 (88) Es braucht eine Bauwende, damit das Bauwesen weg kommt vom hohen Rohstoff-
 und
 276 Energieverbrauch und Flächen sparsam einsetzt. Nachwachsende und recycelte
 Baustoffe sind
 277 Grundlage einer Kreislaufwirtschaft. Gebäude werden in Zukunft aus gesunden und
 278 klimaneutralen Baustoffen errichtet, instandgesetzt und modernisiert. Die Umnutzung
 von
 279 Bestandsgebäuden sowie die nachhaltige Stadtentwicklung und Gebäudeplanung
 stellen die
 280 Menschen mit ihren Bedürfnissen in den Mittelpunkt und sichern so das Erreichen der
 281 verbindlich vereinbarten Nachhaltigkeits- und Klimaziele.

282 **Soziales und Ökologie**

283 (89) Der Übergang in das ökologische Zeitalter muss mit einem gestärkten sozialen
 284 Zusammenhalt und mehr Gemeinwohlorientierung einhergehen. Bei allen Maßnahmen
 des Übergangs
 285 gilt es, auf den sozialen Ausgleich zu achten, zum Beispiel in Form finanzieller
 286 Kompensationen. Je schneller und verlässlicher der notwendige Umbau weg von den
 fossilen
 287 Energien angegangen wird, umso besser können abrupte Brüche vermieden werden.

288 (90) Es muss sichergestellt werden, dass alle Menschen Zugang zu essenziellen Gütern
 der
 289 Daseinsvorsorge wie Wohnen, Wasser, Strom, gesunder Ernährung, Mobilität und
 290 Breitbandanschluss haben. Deshalb müssen sozialstaatliche Garantien immer mit Blick
 auf
 291 Preisänderungen angepasst werden. Und es braucht eine
 292 Daseinsvorsorge, die es den Menschen ermöglicht, klimaneutral zu leben. Investitionen
 in
 293 eine solche Daseinsvorsorge tragen zu sozialer Gerechtigkeit und Klimaschutz bei.

294 (91) Die vor uns liegende sozial-ökologische Transformation bietet viele Chancen für
 neue
 295 Arbeitsplätze. Zugleich bedeutet der Übergang massive Veränderungen für diejenigen,
 die
 296 bisher in von fossilen Energieträgern geprägten Industrien arbeiten. Es braucht eine
 297 vorausschauende Industriepolitik, um möglichst viele Arbeitsplätze über den Wandel
 hin zu
 298 grünen Technologien und Produkten zu erhalten und neue zu schaffen. Gleichzeitig ist
 es
 299 Aufgabe der Gesellschaft, den betroffenen Menschen Beteiligung an den
 300 Transformationsprozessen sowie eine Perspektive auf gute Beschäftigung und

umfassende
301 Möglichkeiten zu beständiger Fort- und Weiterbildung zu eröffnen.
302 (92) Subventionen in umwelt- und klimaschädliche Produktionsweisen und Produkte
untergraben
303 den ökologischen Umbau von Wirtschaft und Industrie. Es gilt daher, diese zu beenden
und das
304 Geld stattdessen zukunftsfähig einzusetzen.
305 (93) Eine Politik, welche die ökologischen Kosten der Produktion in den Preisen abbildet,
306 ist ökonomisch effizient, sie kann aber auch zu sozialen Schieflagen führen. Deswegen
gilt
307 es, Preispolitik - auch einen anzustrebenden transnationalen CO₂-Preis - immer mit
Maßnahmen
308 zu kombinieren, die zu mehr Verteilungsgerechtigkeit führen. Indem die Einnahmen aus
309 ökologisch lenkenden Instrumenten an die Bürger*innen zurückfließen, werden
Umweltschutz,
310 Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit miteinander verbunden.
311 (94) Die Kosten des Übergangs sollen gerecht und solidarisch getragen werden. Dem
Staat
312 kommt hier eine relevante Aufgabe zu. Den Weg zu einer klimagerechten Gesellschaft
nicht zu
313 gehen, würde noch wesentlich mehr kosten.
314 (95) Kapitalströme müssen in nachhaltige Aktivitäten umgelenkt werden. Im Rahmen
von
315 Divestment wird auf den Finanzmärkten nicht mehr in Kohle, Öl und Gas investiert,
sondern in
316 erneuerbare Energie, emissionsfreie Mobilität, Gesundheit und grüne IT. Der Staat und
die
317 öffentliche Hand müssen hierbei vorangehen, indem sie Transparenz gewährleisten und
ihre
318 Anlagestrategien an den Pariser Klimazielen und an sozial-ethischen Kriterien
orientieren.
319 (96) Die gesellschaftliche Transformation hin zu Klima- und sozialer Gerechtigkeit
braucht
320 Pionier*innen. Menschen, die es anders machen wollen, die in ihrem
gemeinwohlorientierten,
321 unternehmerischen oder in ihrem privaten Handeln neue Maßstäbe setzen. Sie gilt es
zu
322 unterstützen, statt ihnen Steine in den Weg zu legen.
323 (97) Es ist Aufgabe der Politik, bessere Regeln zu schaffen, nicht den besseren
Menschen.
324 Sinnvolle Umweltpolitik begnügt sich nicht mit Appellen, sondern setzt klare Regeln und
325 vollzieht diese. Sie fördert neue Technologien und investiert in neue Infrastrukturen.